

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 6. Oktober 2016
im Sitzungssaal 1 des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Berg (ab 17.45 Uhr)
Bernnat
Böhringer
Denzer
Escher
Glattacker
Jaenisch
Kiefer
Lindemer
Oehler
Vogel (bis 18.30 Uhr)
Vogelpohl (ab 17.45 Uhr)
Wernthaler

Entschuldigt: Di Prima, Salach, Wiesiollek

Ferner: Fachbereichsleiterin Staub-Abt
Fachbereichsleiter Dullisch
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Schäfer
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald
Stellv. Eigenbetriebsleiter Eberhardt
Herr Dieterle

Urkundspersonen: Stadtrat Escher und Stadtrat Wernthaler

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 18.50 Uhr

TOP 1

Straßenbau Erschließung Belist in Lörrach-Haagen; Genehmigung der Entwurfsplanung und Kostenberechnung Vorlage: 148/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Dullisch stellt sodann den Inhalt der Vorlage anhand einer Präsentation dar (Anlage 1).

Stadtrat Escher hält die geplante Fahrbahnbreite für nicht üppig. Er wolle wissen, wie sich die Gestaltung der Straße als Spielstraße darstelle und ob der Gehweg mittels Bordstein von der Straße abgehoben werde.

Stadtrat Oehler hält die Planung für sinnvoll. Er wolle wissen, wie sich die Kostenberechnung im Konkreten ergebe.

Stadtrat Vogel wolle wissen, ob die Versorgung der Häuser über ein dezentrales Heizkraftwerk sichergestellt werde.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Gehweg im Baugebiet Belist in der Planung ebenerdig ausgewiesen worden sei, im Bereich der Markgrafenstraße zum Schutz der Fußgänger allerdings einen Anschlag vorsehe. Die Stichstraßen seien weitestgehend verkehrsfrei geplant worden. Im Bereich des Angers soll eine hohe Aufenthaltsqualität durch die Gestaltung erreicht werden und es könnte eine verkehrsrechtliche Anordnung zur verkehrsberuhigten Zone angeordnet werden. Statt der ursprünglichen Kosten von 2,7 Millionen Euro seien bisher nur 1,8 Millionen Euro angegeben, da weitere 900.000,00 Euro für die Planung und Umsetzung des „grünen Tals“ und die Oberflächengestaltung des Angers noch nicht in der Berechnung berücksichtigt worden seien. Diese Maßnahmen werde man ein Jahr später realisieren. Dies hänge auch mit der zeitnahen Vergabe der Straßenbauleistungen zusammen. Hinsichtlich der Versorgung des Neubaugebiets werde es zeitnah einen Termin mit allen Versorgungsunternehmen geben, welcher von der Firma Fichtner koordiniert werde.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt führt aus, dass es keine Heizzentrale geben werde, da in der Markgrafenstraße sowie in der Manzenttalstraße Gasleitungen vorhanden seien. Man versuche, alle Leitungen, auch Glasfaserkabel, direkt bis auf die privaten Grundstücke zu verlegen, damit man die Straße zu einem späteren Zeitpunkt nicht noch einmal öffnen müsse. Dieses Vorgehen werde bereits im Vorfeld intensiv abgestimmt.

Stadtrat Escher bewertet den geplanten Gehsteig als positiv. Dieser biete für den Verkehr, aber auch für Rollstuhlfahrer die meisten Vorteile.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurfsplanung und Kostenberechnung in Höhe von 1.800.000 € wird zugestimmt.
2. Der Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Ausschreibung wird zugestimmt.

TOP 2

Sportförderung - hier: Bandenwerbung/Werbeflächen

Vorlage: 151/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Die Neuregelung sei nicht bei allen Vereinsvertretern beliebt, jedoch können mit der Bandenwerbung wichtige Gelder für die Vereine generiert werden.

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Oswald erläutert im Folgenden den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Escher verweist auf die lange Historie der Sportförderung in Lörrach. Er wolle wissen, inwiefern das Vorgehen mit der IGTS und den entsprechenden Firmen abgestimmt wurde. Grundsätzlich habe er hinsichtlich der Vorlage keine Bedenken.

Stadtrat Bernnat hält das geplante Vorgehen für angemessen und transparent.

Stadtrat Wernthaler hält die Vorlage für sinnvoll.

Stadtrat Denzer wolle wissen, wie sich die Verkehrssicherungspflicht hinsichtlich der Banden gestalten.

Stadtrat Böhringer wolle wissen, ob auch sogenannte mobile Werbung unter die neuen Regelungen falle.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob aufgrund des Verwaltungsaufwands eine Abgabe der Vereine an die Stadt in Höhe von 10 Prozent überhaupt noch sinnvoll sei.

Der Vorsitzende führt aus, dass man weiterhin in die Jugendarbeit investiere und dies auch lohnenswert sei. Den Verwaltungsaufwand habe man ohnehin. Von den Regelungen seien nur feste Werbeträger betroffen, nicht hingegen mobile Werbemittel. Die Verkehrssicherungspflicht sei Aufgabe der Stadt.

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Oswald fügt hinzu, dass man sich mit der IGTS noch abstimmen werde.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Ab 2017 gelten folgende Auflagen und Bedingungen beim Anbringen von Werbeflächen für Lörracher Sportstätten:

1. Der Preis für die Werbefläche, den die Werbepartner an die Berechtigten zu entrichten haben, beträgt mindestens 100,00 € pro Laufmeter und Jahr.
2. Vereine, die auf einer städtischen Sportstätte Bandenwerbung anbringen möchten, werden vertraglich verpflichtet, 10 % aus den Einnahmen an die Stadt Lörrach abzuführen.
3. Ab 2016 und für Vorjahre rückwirkend eingehende Einnahmen aus der Bandenwerbung werden nicht mehr zusätzlich an die IGTS abgeführt. Die Einnahmen verbleiben bei der Stadt Lörrach.
4. Die Stadtverwaltung Lörrach übernimmt die Verkehrssicherungspflicht.

TOP 3

Ausbau der Schulsozialarbeit - Neueinrichtung einer Stelle an der Hellbergschule Brombach

Vorlage: 126/2016

Der Vorsitzende führt in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass die Hellbergschule vor neuen Herausforderungen stehe. Die Stelle eines Schulsozialarbeiters werde dringend benötigt.

Stadtjugendreferent Dieterle stellt kurz den Inhalt der Vorlage dar.

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, ob man nur mit der Kaltenbach-Stiftung gesprochen habe beziehungsweise warum man sich für diese entschieden habe.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Die Stelle eines Schulsozialarbeiters sei heute an Schulen ab einer bestimmten Größe einfach notwendig. Wichtig sei, dass man hinsichtlich des Wandels der Lörracher Schullandschaft flexibel bleibe.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Er halte eine Schaffung von Stellen für Schulsozialarbeiter an allen Schulen für notwendig, insbesondere auch an der Hebelschule.

Der Vorsitzende erläutert, dass Schulsozialarbeit an allen Schulen im Ganztagsbetrieb eingerichtet werde. Man stehe im ständigen Austausch mit allen Lörracher Schulen. Von

der Hebelschule habe man bisher noch keine entsprechenden Signale vernommen. Man wolle definitiv flexibel bleiben.

Stadtjugendreferent Dieterle erklärt, dass man in der Regel mit dem Träger weiter zusammenarbeite, mit dem auch bisher schon Kooperationen bestehen. Dies sei in diesem Falle die Kaltenbach-Stiftung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es in diesem Bereich schwierig sei, das entsprechende Personal zu finden. Die Kaltenbach-Stiftung könne dieses vorhalten.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Stelle (1,0) für Schulsozialarbeit an der Hellbergschule zu. Die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt der Co-Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg und durch den Landkreis Lörrach.
2. Die Trägerschaft für die Stelle richtet sich nach dem bereits im Ortsteil in der Jugendarbeit und bei Kooperationsprojekten mit der Hellbergschule aktiven Träger und wird somit der Dieter Kaltenbach-Stiftung übergeben.
3. Die Mittel in Höhe von 21.275,- Euro werden im Haushalt 2017 bereitgestellt und vom Gemeinderat genehmigt.

TOP 4

Betrauungsakt für den Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Lörrach Vorlage: 144/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt die Betrauung des Zweckverbands Breitbandversorgung Landkreis Lörrach mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im Wege des als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakts.
2. Der (Ober-) Bürgermeister wird ermächtigt, der Umsetzung dieses Betrauungsakts auch in der Verbandsversammlung des Zweckverbands zuzustimmen.

3. Der (Ober-) Bürgermeister wird ermächtigt, in der Verbandsversammlung des Zweckverbands einer Festlegung über die Höhe der von den Zweckverbandsmitgliedern zugunsten des Zweckverbands Breitbandversorgung Landkreis Lörrach zu leistenden Zuschüsse zuzustimmen.

TOP 5

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Gespräch mit Kultusministerin Dr. Eisenmann

Der Vorsitzende berichtet von dem Treffen des Vorstands mit der Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann in Stuttgart. Der Besuch sei grundsätzlich positiv gewesen. Man habe die Zusage erhalten, dass die Lörracher Vorschläge ergebnisoffen geprüft werden. Wenn die Notwendigkeit eines dritten Gymnasiums bestehe, werde ein solches auch genehmigt werden. Voraussetzung hierfür sei, dass sich dauerhaft 60 Schüler in der Kursstufe der Schule befinden. Am Hans-Thoma-Gymnasium seien in der Kursstufe 120 Schüler in vier Zügen vorgesehen. Tatsächlich gebe es derzeit aber 173 Schüler in der Kursstufe des Hans-Thoma-Gymnasiums. Es gebe also einen Überhang von 53 Schülern. Diese Zahl werde aufgrund weiterer Baugebiete, zuziehender Flüchtlinge und einer immer stärkeren Frequentierung von Gymnasien noch weiter zunehmen. Die Notwendigkeit eines dritten Gymnasiums in Lörrach sei unstrittig. Ein Argument sei schließlich auch, dass man Schüler von einem naturwissenschaftlich geprägten Gymnasium nicht auf ein Gymnasium mit einem anderen Profil „umleiten“ könne. Man könne die Eltern lediglich mit dem Ziel der Wahl eines Gymnasiums mit einem anderen Profil beraten. Die Ministerin wolle künftig die Realschulen noch stärker fördern. Die Gemeinschaftsschule werde weiterhin bestehen bleiben, allerdings ohne zusätzliche Mittel. Mindestens eine Werkrealschule, in Lörrach die Hellbergschule, müsse aufgrund der Schulgesetzgebung in Lörrach vorgehalten werden. Die zuständige Stelle beim Regierungspräsidium Freiburg werde man von dem Gespräch mit der Ministerin informieren. In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales sollen dann die Ergebnisse festgehalten werden, die mit in die Haushaltsberatungen einfließen sollten.

Glasfasernetz Duale Hochschule Baden-Württemberg Lörrach

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das Land für die Duale Hochschule in Lörrach eine zweite Netzanbindung via Glasfaseranschluss errichten wolle.

Grundbucheinsichtsstelle

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass ab dem 1. November 2016 die Grundbucheinsichtsstelle im Rathaus Lörrach eingerichtet sein wird.

Krottenweiher

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Krottenweiher zeitnah abgepumpt werde und diese Maßnahme mit auftretenden Geruchsbelästigungen einhergehen werde.

Reinigung und Sauberkeit Hauptbahnhof Lörrach

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass man sich mit der DB Station & Service darauf verständigt habe, dass der Hauptbahnhof künftig fünf Mal anstatt drei Mal in der Woche und die weiteren Haltepunkte drei Mal anstatt zwei Mal in der Woche gereinigt werden.
TOP 6

Buslinien 7 und 9

Stadtrat Lindemer wolle wissen, warum die Buslinien 7 und 9 immer direkt hintereinander herfahren würden, wobei einer der Busse immer nahezu unbelegt sei. Er halte dies für nicht nachvollziehbar. Er wolle wissen, ob geprüft werden könne, ob die Linie 9 eventuell eine abweichende Route befahren könne.

Eigenbetriebsleiter Droll erklärt, dass die Busse aufgrund der vorgegebenen Taktung und entsprechender Anschlussverbindungen so fahren müssten. Man habe sämtliche Alternativen überprüft, sei aber zu keinem besseren Ergebnis gekommen. Man könne die beiden Linien vielleicht um ein bis zwei Minuten entzerren, weitere Spielräume gebe es aber nicht. Er plädiert dafür, die Stadtbuslinien weiter zu bewerben. Die Angebote bräuchten Zeit, um sich zu etablieren.

Wegpflege

Stadtrat Bernnat gibt an, dass der Haltinger Pfad als auch der Ötlinger Pfad hoch auf den Tüllinger in einem schlechten Zustand sei.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass man die Pfade überprüfen wolle, diese sich aber zum Teil in Privateigentum befänden.

Verkehrssituation B 317

Stadtrat Böhringer gibt an, dass die Verkehrssituation auf der Bundesstraße 317 zwischen Hagen und der Kreuzung mit der A 98 katastrophal sei, vor allem in der Feierabendzeit.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Regierungspräsidium momentan an einer entsprechenden Studie arbeite, welche den Gremien vorgestellt werden solle, sobald diese fertig ist.

Neugestaltung Hebelpark / Zugang Hebelschule

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass Grundschüler aufgrund der Neugestaltung des Hebelparks Schwierigkeiten mit dem Zugang zur Hebelschule gehabt hätten. Er wolle wissen, ob die Neugestaltung in Verzug geraten sei und ob sich dadurch auch Schwierigkeiten für das nahe gelegene Café ergeben hätten.

Der Vorsitzende gibt an, dass man mit der Neugestaltung etwas in Verzug geraten sei. Man stehe aber mit allen Betroffenen in Kontakt. Der direkte Zugang zur Hebelschule sei wohl teilweise verschränkt gewesen. Dies habe einigen Erstklässlern Schwierigkeiten bereitet. Man beeile sich, die Maßnahmen baldmöglichst abzuschließen.

TOP 6

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 7

Offenlegungen

TOP 7.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 15. September 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: